

**Stadtbezirksvorsitzender**

**Alexander Hirte**

**Pressemitteilung**

Köln, den 30. September 2015

### **Stadtbezirksvorsitzender spricht sich für Unterbringung von Flüchtlingen in sogenannten „Geisterstädten“ aus**

Seitdem der Flüchtlingszustrom in den letzten Wochen dramatisch zugenommen hat, stehen die Städte und Gemeinden in Deutschland mit dem Rücken zur Wand. Gerade durch den bevorstehenden Winter ist der Druck für die Unterbringung von Flüchtlingen noch gestiegen. Angesichts der aktuellen Entwicklungen in Köln ist besondere Umsicht bei der Verwaltung angebracht. In Berlin beispielsweise ist der Zustrom so stark gewesen, dass die Verwaltung sich gezwungen sah leer stehende Immobilien und Sportzentren zu beschlagnahmen. Die Folge war, dass ein Sportzentrum-Betreiber samt seiner Angestellten seine Arbeit verlor.

„Ein absolutes No-Go!“ äußerte sich der Stadtbezirksvorsitzende der JU Rodenkirchen Alexander Hirte am Rande einer Wahlkampfveranstaltung. Die Unterbringung von Flüchtlingen in leer stehenden Gebäuden sei absolut gerechtfertigt und richtig; auch gegen den Willen der Eigentümer, solange diese eine ortsübliche Miete erhalten würden. „Wenn aber andere Bürger im Zuge dieser Maßnahmen, meistens bei der Umfunktionierung von öffentlichen Gebäuden, in Arbeitslosigkeit geraten sei dies der falsche Ansatz“, fügte Hirte hinzu. „Wir laufen so immer mehr Gefahr, dass die Willkommenskultur in der Bevölkerung umschlägt in Unverständnis, Wut und Diskriminierung.“

Schon seit Wochen hatte auch die von der CDU unterstützte Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker eine Änderung des sogenannten „Königsteiner Schlüssels“ gefordert. Es sei nicht richtig die Verteilung von Asylbewerbern vor allem von der Einwohnerzahl abhängig zu machen. Köln habe zwar viele Einwohner, aber verhältnismäßig wenig verfügbare Fläche.

Um dieses Problem zu lösen hat die Junge Union vor kurzem vorgeschlagen noch einmal die Bewohnbarkeit von bereits verlassenen Orten im Abbaugelände des Tagebaus zu prüfen. „Als Vorbild kann uns hier der Ort Kerpen-Manheim dienen, der nach der Umsiedlung der Einwohner lange Zeit unbewohnt war. Wir müssen jetzt programmatisch-konstruktiv denken! Angesichts der drohenden Obdachlosigkeit von Tausenden von Flüchtlingen im Winter sei dies die beste Lösung. Auch die Prüfung von leer stehenden Kasernen und Industrieanlagen muss weiter vorangetrieben werden. Das ist vereinzelt schon der Fall, aber geschieht bei weitem noch nicht flächendeckend“, so Hirte.